



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gesundheitskosten für Asylbewerber aus Steuermitteln finanzieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Gesundheitskosten für Asylbewerber aus Steuermitteln finanziert werden und nicht aus Beitragsgeldern der gesetzlichen Krankenversicherung.

Begründung:

Für die Finanzierung der Gesundheitskosten von Asylbewerbern ist der Staat zuständig. Gegenwärtig zahlt der Bund für anerkannte Asylbewerber, die keinen Arbeitsplatz haben, eine Pauschale in Höhe von 90 Euro pro Monat an den Gesundheitsfonds. Wenn diese Gelder nicht ausreichend für die gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber sind, müssen sie angehoben werden. Keinesfalls können sie aber mit Mitteln aus dem Gesundheitsfonds, also den Beiträgen der gesetzlich Versicherten, aufgestockt oder durch sie ersetzt werden. Derartigen Bestrebungen auf Bundesebene ist entgegenzuwirken.